



Das schwere Erbe

Studie über DDR-Bild deutscher
Schüler sorgt für Furore



Staatseinnahmen: Wie
die Koalition den
Aufschwung am Bürger
vorbeischmuggelt



Gesundheitspolitik:
Daniel Bahr MdB über
die Einführung des
Gesundheitsfonds



KAHLA-Porzellan auf
Erfolgskurs: Interview
mit Geschäftsführer
Holger Raithel



Bayrische Landtagswahlen als wichtiges Vorzeichen

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,



am 28. September 2008 ist Landtagswahl. Nein, nicht in Thüringen, sondern im Freistaat Bayern. Ebenso wie in Thüringen sind auch die bayerischen Liberalen seit 1994 nicht mehr im Landtag vertreten. Und ebenso wie in Thüringen sind auch in Bayern die Chancen für einen Wiedereinzug der FDP ins Parlament so groß wie lange nicht mehr: Unsere bayerischen Parteifreunde führen einen engagierten Wahlkampf und werben mit eigenständigen Themen für liberale Politik. Alle aktuellen Umfragen bescheinigen unseren liberalen Freunden um die Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und ihren Generalsekretär Martin Zeil, dass sie damit absolut richtig liegen. Mit Prognosen zwischen 6 und 8 % ist das Ziel in greifbarer Nähe gerückt. Unterstützung aus den

Landesverbänden – auch aus Thüringen – und natürlich seitens der Bundespartei ist ein wichtiger Baustein des Erfolges.

In den Wochen vor dem Wahltermin nehme auch ich einige Termine in Bayern wahr: Ehrensache einerseits und nicht ganz uneigennützig andererseits. Ein Erfolg der FDP in Bayern ist nämlich auch für Thüringen ein Signal, sind doch die Randbedingungen durchaus vergleichbar. In beiden Ländern regiert die Union allein, in Bayern wie in Thüringen ist die Unzufriedenheit mit der Regierung groß und hier wie dort reagiert die Union darauf mit geradezu ignoranter Borniertheit.

Den Einzug der FDP Bayern ins Münchener Maximilianeum nur als Strafe für die teils peinlich-dümmlichen Selbstdarstellungen der Konservativen zu sehen, wäre

bei allem Verständnis für solche Regungen falsch. Eine liberale Fraktion im Landtag ist eine Chance für eine neue Politik. Für Chancengerechtigkeit, Offenheit und Ehrlichkeit. Das ist für Bayern wie auch für Thüringen wichtig. Deshalb sind die Ziele der bayerischen Liberalen auch die Ziele der Thüringer FDP. Deshalb ist der 28. September auch für uns ein wichtiges Datum. Für alle Liberalen in Thüringen wünsche ich unseren bayerischen Freunden viel Erfolg – es ist auch ein Erfolg für uns!

Herzliche Grüße

Uwe Barth MdB
Landesvorsitzender FDP Thüringen

Blick zurück bietet Aussicht nach vorn

Liberale Programmatik für das Superwahljahr 2009

Ab diesem September zählt die Uhr rückwärts – in genau 12 Monaten wird die FDP den Superwahlsommer erfolgreich bestanden haben. Wer weiß, woher er kommt, weiß auch, wohin er geht. Wagen wir einen Blick zurück. Dieser Blick lohnt. Seit 2004 mit der Wahl des Landesvorstandes eine immens arbeitsintensive Zeit begann, hat die personelle Kontinuität, die innerparteiliche Geschlossenheit und die gewachsene öffentliche Präsenz viel Kraft und Arbeit gekostet. Viel zu selten werden dabei die programmatischen Entscheidungen gesehen. Diese können – weit mehr als personelle oder strategische Maßnahmen es vermögen – als besonders mutig und zukunftsweisend betrachtet werden.

2005 formulierte der Landesparteitag einen Grundlagenbeschluss zur Verwaltungsstruktur- und Kreisgebietsreform, an dessen Eindeutigkeit sich bis heute (!) kein Wettbewerber annähert. Der Beschluss war mit Daten und Fristen versehen. Nach

diesen Fristen übrigens wäre die Kreisgebietsreform für Thüringen zum jetzigen Zeitpunkt abgeschlossen. Passiert ist unter der CDU-Landesregierung in diesem Punkt gar nichts.

Ebenso hat sich der Beschluss zum gemeinsamen Lernen bis Klasse 6 vor kurzem als wegweisend erwiesen: 49 % aller Deutschen bevorzugen diese Grundschulzeit. Als einzige Partei hat sich die FDP Thüringen dazu bekannt. Ein ähnliches Alleinstel-

lungsmerkmal: Thema Mitteldeutschland. „Die Thüringer FDP wird das freuen. Die Liberalen haben den Mut, sich die Fusion auf die blau-gelben Fahnen zu schreiben“, attestierte die OTZ 2006. Eine Umfrage hatte ergeben, dass 40 % der Thüringer einer Länderfusion positiv gegenüber stehen. Natürlich birgt das Thema Diskussionsstoff. Dadurch zeichnen sich aber Alleinstellungsmerkmale grundsätzlich aus.

Auch jüngst haben die Liberalen zu brisanten Themen von sich reden gemacht. Als einzige Partei griffen sie das übertriebene Rauchverbot an oder prangerten die massiven Grundverbrauchskosten an. Der vom Bundesparteitag ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf Energie stammt auch aus Thüringer Federn. Mit Blick auf diese Themen sollte es den Thüringer Liberalen leicht fallen, mit Mut konkrete Ziele anzusprechen. Wer will schon weichgewaschene Programme – und die Parteien die dahinter stehen.

pak





Eine Erhöhung nach der anderen

Wie die Große Koalition den Aufschwung am Bürger vorbeischmuggelt

Des deutschen Staates Einnahmen sprudeln, den Bürgern bleibt immer weniger – das ist die Quintessenz der Großen Koalition. 2007 blieb Deutschland mit Rekordumsätzen und Rekordüberschüssen Exportweltmeister: Das Bruttoinlandsprodukt legte 2006 und 2007 mit Wachstumsraten von 2,9 % bzw. 2,6 % kräftig zu. Die Zahl der Erwerbslosen sank von 11,7 % im Juni 2005 auf 7,3 % im Juni 2008. Wie viele davon in Minijobs gelandet sind, steht auf einem anderen Blatt. Der Aufschwung der letzten Jahre ist jedoch nur an einer Stelle angekommen: im Staatssäckel. Allein zwischen Januar und April dieses Jahres nahmen Bund und Länder 6,9 % mehr Steuern als im Vorjahr ein. Das macht ein unerwartetes Plus von 3,1 % oder knapp 5 Milliarden Euro. Experten schätzen für die kommenden vier Jahre sogar Mehreinnahmen in Höhe von 60 Milliarden Euro.

Auf der anderen Seite wundern sich die Bürger: Trotz steigender stattlicher Einnahmen und einer florierenden Volkswirtschaft bleibt am Monatsende immer weniger im Portemonnaie übrig. Das dafür nicht nur der steigende Ölpreis oder die anziehende Inflation verantwortlich ist, verdeutlichen folgende Zahlen: Laut Prognosen liegt die volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote für das Jahr 2008 bei 51,73 %. Der Wert gibt an, wie viel der Staat vom Einkommen der Bürger über Steuern und Sozialabgaben einbehält.

Demnach ist die Steuerlast in Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Schuld an dieser Entwicklung ist die Politik der Bundesregierung. Die Große Koalition hob die Versicherungsteuer auf 19 % an und erhöhte den Spitzensteuersatz von 42 % auf 45 %. Vor allem aber im Bereich der Verbrauchsteuern kassiert der Staat die Bürger ordentlich ab. Neben der Mehrwertsteuererhöhung auf 19 % werden nun auch Biokraftstoffe besteuert. Alles in allem hat man in der Gesamtheit aller Maßnahmen die größte Steuererhöhung seit 1949. Zusätzlich schaffte Rot-Schwarz eine ganze Reihe von Steuervergünstigungen ab. Die Eigenheimzulage wurde gestrichen und die Pendlerpauschale gekürzt. Weiterhin hat man die Altersgrenze beim Kindergeld auf 25 Jahre gesenkt und den Steuerfreibetrag auf 750 Euro halbiert.

Trauriges Fazit der massiven Einkommensbelastung: Der Aufschwung kommt bei den Menschen nicht an. Nach einer Anfrage der FDP-Fraktion legte das Finanzministerium im März eine Statistik zur Kaufkraft vor: Demnach ist die Kaufkraft in Deutschland seit 2005 kontinuierlich gesunken. Daran ist zu erkennen, dass nicht nur die enormen Inflationsraten und Preissteigerungen bei Rohöl der letzten Monate für die Belastung der Bürger verantwortlich sind. Die Steuer- und Abgabenerhöhungen der Großen Koalition haben daran einen entscheidenden Anteil.

Es ist zu befürchten, dass sich das Missverhältnis zwischen Wirtschaftsboom und Kaufkraft in nächster Zeit weiter vergrößern wird. Am 19. September 2008 entscheidet der Bundesrat über die von der Bundesregierung beschlossene Mauterhöhung, die sicherlich an den Verbraucher weitergereicht wird. Außerdem wird die Kfz-Steuer ab 2010 in eine CO₂-Steuer überführt, was wiederum besonders Bürger mit älteren Pkw belastet. Auch die Sozialabgaben wachsen ständig. Bereits am 01. Juli 2008 wurde der Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte erhöht. Im Zuge des Gesundheitsfonds werden auch die Beträge zur Krankenversicherung steigen. Nach den Prognosen von Branchenexperten klettert der Beitragssatz 2009 um 0,7 Punkte auf durchschnittlich 15,5 %.

Am Ende bleibt die dumpfe Einsicht, von der Großen Koalition in Wachstumszeiten abgezockt zu werden. Es ist an der Zeit, das komplizierte deutsche Steuer- und Abgabensystem zu entwirren und die Bürger endlich zu entlasten. Bei einer Teuerungsrate von 9,9 % im Juli 2008 – übrigens die höchste seit 27 Jahren – müssen ebenso die Steuern und Abgaben auf Energie insgesamt gesenkt werden. Sonst besteht die Gefahr, dass die Mittelschicht in Deutschland schwindet und große Teile der Bevölkerung von Altersarmut bedroht werden.

ur



Das schwere Erbe der DDR-Vergangenheitsbewältigung

Neue Lehrpläne schaffen nur bedingt Abhilfe

Die kürzlich vorgestellte Studie „Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich“ des „Forschungsverbundes SED-Staat“ hat unter Thüringer Abgeordneten für große Furore gesorgt. Denn sie zeigt, dass 19 Jahre nach dem Mauerfall zahlreiche deutsche Schüler ein verklärtes Bild von der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik haben. Viele der kuriosen Antworten der Schüler beruhen, laut Forschungsteam, auf völliger Unwissenheit und nicht etwa auf Überzeugung. Aber nicht nur die Un-

wissenheit, auch die Zukunftsängste führen laut Auswertungen zu einer positiven Sicht auf die DDR. Viele Politiker halten nun eine Überarbeitung der Schullehrpläne angesichts der vernichtenden Ergebnisse für notwendig. Andere Stimmen halten dagegen mit der Begründung, es reiche nicht aus. Stattdessen muss die Geschichte lebhafter und den Jugendlichen dadurch zugänglicher gemacht werden. Als mögliche Optionen werden Gespräche mit Zeitzeugen oder der Besuch von Gedenkstätten und Grenzlandmuseen genannt.

Angesichts der latenten Verklärungen der DDR-Vergangenheit muss aber auch danach gefragt werden, wie tief die sogenannte Ostalgie in der Gesellschaft verwurzelt ist und welches Verständnis die Thüringer generell von Demokratie haben. Oft sind die Schüler nur das letzte Glied in einer Kette von Verklärungen und Verharmlosungen: je positiver zu Hause und in der Schule über die DDR gesprochen wird, desto wahrscheinlicher die Reproduktion sozialistischer Ideologien bei den Jugendlichen. Bemerkenswert ist, dass laut



Thüringen Monitor kaum ein DDR-Nostalgiker darüber klagt, die DDR würde im Unterricht zu negativ dargestellt. Könnte es also sein, dass manche Lehrer bewusst oder unbewusst die vermeintlich guten Seiten der DDR in den Vordergrund rücken? Eine Umfrage des Thüringen Monitor 2006 unterstützt diese Aussage. Dort geben die Befragten an, dass ihre überwiegend positiven Bilder von der DDR nicht nur vom Elternhaus, sondern auch in der Schule beeinflusst worden sind. Zwar sehen die Lehrpläne in den vier Ländern, in denen befragt wurde, alle die Behandlung der DDR vor; verzichten aber mit Ausnahme des bayrischen auf die explizite Vorgabe normativer Bewertungsmaßstäbe.

Die Umfragen zeigen jedoch auch, dass sich 55 % der 18 bis 24 jährigen nicht länger mit der Stasi-Vergangenheit beschäftigen wollen. Die gewünschte Aufarbeitung

der Vergangenheit steht damit in Bezug auf die Unterstützung in der Öffentlichkeit auf scheinbar verlorenem Posten. Überhaupt scheint eine relativ starke DDR-Nostalgie im Freistaat zu herrschen. Die Hälfte aller Befragten im Thüringen Monitor schreiben der DDR mehr positive als negative Attribute zu. 49 % bestreiten sogar den Unrechtscharakter des alten Regimes.

Aber der Wunsch das Thema ad acta zu legen, ist deshalb noch nicht unmittelbar als Gefahr der Demokratie zu werten. Denn wie der Thüringen Monitor 2007 zeigt, ist nicht nur die Zufriedenheit mit der Demokratie um 10 % gestiegen, auch lässt sich ein festes demokratisches Wurzelwerk in der Thüringer Gesellschaft konstatieren, da vier von fünf Thüringern die Demokratie als beste Staatsidee deklarieren. Die Tatsache wiederum, dass 75 % der befragten Thüringer der Meinung sind, die

Opposition solle die Regierung in ihrem Handeln unterstützen, lässt jedoch verheerende Rückschlüsse auf das generelle Verständnis von Demokratie ziehen.

Die Nähe zur DDR hängt stark mit der aktuellen Lebenssituation zusammen – Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss, bestehender Arbeitslosigkeit sowie einer finanziell schlechten Lage stehen der DDR tendenziell näher: DDR-Nostalgie ist dabei mehr als eine beliebige Idealisierung der Vergangenheit. Mit ihr werden politische Grundorientierungen tradiert und kultiviert, die großenteils einem demokratischen Verfassungsstaat nicht angemessen sind. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass für die Bewältigung der DDR-Vergangenheit ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs geführt werden muss, und dass in Schulen die grundlegende Demokratieverziehung zu verstärken ist.

Simone Heithorn



Impressionen von der FDP-Sommertour | Bild 01: FDP-Bundeschef Dr. Guido Westerwelle (r) und Generalsekretär Patrick Kurth (l) beim Besuch der Pionierkaserne in Gera | Bild 02: Freudig empfangen – Dr. Guido Westerwelle vor der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar zu Gast. | Bild 03: Geschäftsführer der KAHLA Thüringen Porzellan GmbH Holger Raithel (l) führt den FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle (2.v.l.) und Uwe Barth MdB (r) durch die Porzellanfabrik in Kahla | Bild 04: Auf der Fertigungsstrecke – Dr. Guido Westerwelle (r) und Landesvize Franka Hitzing (l).

FDP-Sommertour

Guido Westerwelle zu Gast in Thüringen

Anlässlich seiner jährlich stattfindenden Sommer-Tour besuchte der FDP-Fraktions- und Parteivorsitzende Dr. Guido Westerwelle im Juli den Freistaat. Dabei besichtigte er die Pionierkaserne in Gera, das Porzellanwerk KAHLA und die Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar. Abschließend hielt Westerwelle eine Rede beim FDP-Sommerfest im „Jembo Park“ in Jena. Begleitet wurde der Bundeschef unter anderem vom FDP-Landesvorsitzenden Uwe Barth MdB, der stellvertretenden Vorsitzenden Franka Hitzing sowie dem Generalsekretär Patrick Kurth.

Der FDP Landesverband und Guido Westerwelle hatten sich bewusst für diese drei Stationen entschieden, weil sie für Thüringens Potentiale im Kampf gegen Abwanderung stehen: eine Kaserne als Arbeitgeber in einer strukturschwachen Region, ein mittelständiges Unternehmen als Verbindung zwischen Wirtschaft und Forschung und Weimar als weicher Standortfaktor: „Die Bundeswehr besuche ich regelmäßig“, betonte Westerwelle im OTZ-Interview. Deutschland hätte eine Parlaments-

und keine Regierungsarmee. Deshalb sei es selbstverständlich, sich beim Bürger in Uniform sehen zu lassen. In einem Referat vermittelte Oberstleutnant Michael Brockmann den Anwesenden viel Wissenswertes über die Strukturen vor Ort, die Einbindung der Kaserne in die Region sowie über den Auftrag und die Ausbildung der Soldaten. Anschließend demonstrieren die Pioniere den zügigen Aufbau einer Faltfestbrücke sowie das Verlegen einer Faltstraße. Im Hinblick auf den bevorstehenden Afghanistan-Einsatz wünscht die Thüringer FDP alles Gute und eine gesunde Heimkehr.

Im Porzellanwerk KAHLA diskutierte Westerwelle mit dem Gründer Günther Raithel und dem Geschäftsführer Holger Raithel unter anderem über den bestehenden Fachkräftemangel sowie über die erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der Bundeschef zeigte sich von den innovativen und hochwertigen Produkten des Familienbetriebes beeindruckt. Gleichzeitig würdigte er die enge Kooperation im Bereich Forschung und

Entwicklung mit der Fachhochschule und der Friedrich-Schiller-Universität in Jena.

Anschließend war Westerwelle in der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar zu Gast. Die Führung durch die Bibliothek wurde von dem Bibliotheksdirektor Michael Knoche geleitet. Erst kürzlich nahm Knoche den Gutenberg-Preis 2008 entgegen. Das historische Bibliotheksgebäude ist ein wichtiges Symbol Thüringischer Kultur. Als weicher Standortfaktor kann es helfen, Wirtschaft anzusiedeln und zu erhalten. Der Bundeschef lobte den schnellen und detailgetreuen Wiederaufbau der historischen Bibliothek, welche im September 2004 von einem verheerenden Feuer heimgesucht wurde. Es machte Guido Westerwelle großen Spaß, in den historischen Beständen des alten Büchersaals zu schmökern.

Zum Abschluss hielt der Bundesvorsitzende eine Rede auf dem gut besuchten FDP Sommerfest in Jena. Westerwelle resümiert am Schluss seiner Sommertour durch Thüringen: „Das sind Termine, bei denen ich auch noch etwas lernen kann.“ ur

„Das Einfallstor für die Einheitskasse.“

Daniel Bahr MdB über die Einführung des Gesundheitsfonds

Der Gesundheitsfonds ist in aller Munde. Ab dem 01. Januar 2009 soll dieser im Zuge der schwarz-roten Gesundheitsreform wirksam werden. Das dabei ein völlig neues Beitragssystem eingeführt wird und was am Ende für den Beitragszahler herauskommt, ist vielen Menschen unklar. ThL stellte drei Fragen zu diesem Themengebiet an Daniel Bahr MdB, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und entschiedener Gegner des Gesundheitsfonds.

ThL: Wie bewerten Sie den Gesundheitsfonds?

Bahr: Das Herzstück der schwarz-roten Gesundheitsreform ist der so genannte Gesundheitsfonds. Er sollte beiden Koalitionsparteien die Möglichkeit geben, ihre jeweiligen Vorhaben einer Einheitskasse (SPD) oder eines Prämienmodells (CDU) in einer anderen Regierungskonstellation weiterzuentwickeln. Es zeigt sich aber immer mehr, dass der Gesundheitsfonds nichts anderes als eine gigantische Geldumverteilungsbehörde ist, die letztlich den Weg in ein staatliches und zentralistisches Gesundheitswesen ebnet. Der Gesundheitsfonds löst keines der anstehenden Probleme des Gesundheitssystems, sondern er schafft neue. Der Gesundheitsfonds ist eine Missgeburt. Er ist das Einfallstor für die Einheitskasse. Mit Gesundheitsfonds und staatlicher Beitragssatzfestsetzung wird ein wesentliches Element des Wettbewerbs, der Preis für die Versicherung, außer Kraft gesetzt und durch eine staatliche Preisregulierung ersetzt. Ein einheitlicher Krankenversicherungsbeitrag für alle gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland, der durch die Bundesregierung festgelegt wird, macht ein ökonomisch verantwortliches Verhalten der Krankenkassenvorstände, bei dem Preis und Leistung in Relation gesetzt werden, unmöglich. Das verstärkt den Druck zur Rationierung und wird zu Forderungen nach mehr Steuergeld führen. Der Beitragssatz wird zur politischen Größe, die sich an der Kassenlage und dem Zeitpunkt innerhalb der Wahlperiode ausrichtet, nicht

jedoch an gesundheitspolitischen Notwendigkeiten. Mit einer staatlichen, bundeseinheitlichen Beitragssatzfestsetzung und der Zahlung von Zuweisungen an die Krankenkassen aus dem Gesundheitsfonds ergibt sich zudem die große Gefahr eines Mentalitäts- und Strategiewechsels. Die Aktivitäten der Krankenkassen werden sich darauf ausrichten, möglichst viel Geld aus dem Gemeinschaftstopf zu erhalten und nicht mehr darauf, Versicherte durch ein überzeugendes Preis-/Leistungsverhältnis zu binden. Verbunden mit der Konstruktion des Zusatzbeitrages, der möglichst vermieden werden muss, um die Abwanderung von Versicherten zu verhindern, werden Qualitätsaspekte gegenüber reinen Kostenüberlegungen deutlich ins Hintertreffen geraten.

ThL: Was setzt die FDP dagegen?

Bahr: Die FDP hat ein eigenes Gesundheits-Konzept entwickelt, bei dem die Ver-

sicherten sich bei einem Anbieter ihrer Wahl zu einem Tarif versichern können, der ihren Bedürfnissen entspricht. Eine gesetzliche Verpflichtung gibt es lediglich für einen Grundkatalog von medizinisch unbedingt notwendigen Leistungen, die den Einzelnen im Bedarfsfall überfordern würden. Für diese Leistungen gibt es für die Unternehmen einen Kontrahierungszwang ohne Risikoprüfungen und mit freier Wechselmöglichkeit. Altersrückstellungen sorgen für eine gerechtere Lastenverteilung zwischen den Generationen. Tarife mit und ohne Selbstbehalt, Selbstbeteiligungen, Beitragsrückgewähr, die Festlegung auf besondere Versorgungsformen, auf bestimmte Medikamente oder Anbieter sind möglich. In einem solchen Rahmen kann sich der den kartellrechtlichen Bedingungen unterworfenen Wettbewerb auf der Versicherungs- und auf der Leistungsseite frei entfalten. Preissignale werden wahrgenommen und führen zu Verhaltensänderungen. Die soziale Umverteilung, die garantiert, dass jeder Bürger einen Versicherungsschutz für das medizinisch Notwendige auch bezahlen kann, findet kompatibel mit anderen Umverteilungsleistungen über das Steuer- und Transfersystem statt und damit nach den Kriterien der Leistungsfähigkeit und Bedürftigkeit. In einem solchen System können sich bei gleichzeitiger sozialer Sicherheit die marktwirtschaftlichen Kräfte im Hinblick auf effiziente Lösungen entfalten.

ThL: Was wünschen Sie den Thüringer Liberalen für das anstehende Superwahlkampfjahr 2009?

Bahr: Ich wünsche den Thüringer Liberalen viel Erfolg, Tatendrang und Überzeugungskraft bei den anstehenden Europa- Landtags- und Bundestagswahlen. Die derzeitigen Umfragen sehen uns Liberale stabil im Landtag, dies ist eine gute Ausgangsbasis – und wenn erst der Wahlkampf beginnt, können wir noch mehr Bürger für die liberalen Ideen gewinnen. Die Ergebnisse der letzten Wahlen zeigen, dass die FDP mit einem tollen Ergebnis in den Erfurter Landtag einziehen und die absolute Mehrheit der Union knacken wird.



INFORMATIONEN ZUR PERSON

Daniel Bahr, MdB geboren 1976 in Lahnstein in Rheinland-Pfalz, ist der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Mitglied im Bundestagsausschuss für Gesundheit. Außerdem gehört Bahr dem Bundesvorstand der FDP an und ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Münsterland. Zu den politischen Schwerpunkten des studierten Masters of Business Administration gehören neben der Gesundheitspolitik auch demografische Entwicklung und Generationengerechtigkeit.

KAHLA Porzellan – Ein Global Player in der Region

Interview mit Geschäftsführer Holger Raithel

Als FDP-Bundeschef Dr. Guido Westerwelle am 11. Juli 2008 das Porzellanwerk KAHLA besuchte, war er von den Leistungen des Familienunternehmens beeindruckt: Ausbilder und Arbeitgeber, weltweiter Exporteur und Forschungsstandort. Dabei zählt die Fabrik zu den traditionsreichsten Betrieben in Thüringen. Grund genug ein Interview mit Geschäftsführer Holger Raithel zu führen.

ThL: Vor drei Jahren haben Sie die Geschäftsführung der KAHLA/Thüringen Porzellan GmbH von Ihrem Vater Günther Raithel übernommen. Welche Entwicklungen sind seitdem zu verzeichnen?

Raithel: Entgegen dem Branchentrend verzeichnet KAHLA seit seiner Neugründung 1994 ein stetes Umsatzwachstum. In diesem Zeitraum wurde der Umsatz mehr als verdoppelt und im Jahr 2007 auf über 25 Millionen Euro gesteigert. Die Strategie, innovative Designprodukte mit Mehrwert und Qualität „Made in Germany“ herzustellen, ist auch für die Zukunft das Rezept für KAHLA. Die zahlreichen internationalen Designpreise und Auszeichnungen – bis heute 63 – wirken sich sehr positiv auf die Reputation der Marke aus.

ThL: KAHLA wurde 2006 als ein Ort der Ideen ausgezeichnet und gilt als eines der

innovativsten Unternehmen des Mittelstandes. Was ist ihr Erfolgsrezept?

Raithel: Unsere Produkte, die Design mit Mehrwert für den Kunden schaffen. Darüber identifizieren wir uns beim Nutzer. Die Marke KAHLA ist für uns somit die Basis für heutige und künftige Erfolge. Daher investieren wir im Vergleich zur Branche überdurchschnittlich viel Geld in die Stärkung der Markenbekanntheit und verzichten auf Handelsmarkenumsatz. Entscheidend ist die positive Markenaufladung, das heißt, dass die Konsumenten die Marke KAHLA mit „Innovation“ gleichsetzen.

ThL: Seit der Gründung des Unternehmens sind Sie Thüringen treu geblieben. Welche Vorteile bringt dieser Produktionsstandort mit sich?

Raithel: Die Tradition seit 1844 am Standort verpflichtet. Das Know-How der Mitarbeiter ist eine Schlüsselqualifikation für die Qualität. Als 100%iges Familienunternehmen ist Nachhaltigkeit sowohl ökonomisch, ökologisch wie auch sozial ein wichtiger Wert. KAHLA ist „Made in Germany“ und damit „Made in Kahl“. Auch strategisch werden wir diesen Weg konsequent in die Zukunft fortsetzen und in den kommenden drei Jahren circa 4 Millionen Euro in die Fertigung am Standort in KAHLA investieren.

ThL: Welche Trends kann man in Ihrem Geschäftsfeld erkennen?

Raithel: Es gibt einen wichtigen Trend, für den KAHLA schon heute die passende Lösung bereithält: den Wunsch nach Individualität. Neben Logos, Unternehmensfarben und eigenen Dekoren für Firmenkunden können jetzt auch Endkunden echte Unikate gestalten. Mittels Lasergravur in der samtweichen Beschichtung „touch!“ sind zum ersten Mal persönliche Einzelstücke in Porzellan möglich. „touch!“ ist als technologische Innovation weltweit patentiert.

ThL: Welche Abnehmer findet KAHLA weltweit und welche neuen Absatzmärkte sind für Sie interessant?

Raithel: KAHLA ist in über 60 Ländern dieser Erde präsent. Im deutschsprachigen Raum verkaufen wir erfolgreich im gehobenen deutschen Fachhandel, in Lifestyle-Ladengeschäften sowie in führenden Kauf- und Warenhäusern. KAHLA hat eine Marktdurchdringung erreicht, mit der wir nach 14 Jahren Marketing- und Vertriebsoffensive zufrieden sein können. Unser größter Exportmarkt ist die Schweiz. International interessante Märkte mit starken Wachstumschancen sind vor allem Osteuropa, Japan, China sowie die USA. Ein Drittel des Umsatzes generieren wir aus der internationalen Hotellerie und Gastronomie. Viele renommierte Adressen gehören zu unseren Referenzen. Erst kürzlich haben wir zwei Olympia-Hotels in Peking ausgestattet.

ThL: Wo soll in den nächsten Jahren die Reise hingehen?

Raithel: Entscheidend ist es für KAHLA, den „Innovationsmarathon“ auch in den kommenden Jahren weiter erfolgreich zu gestalten. Ich freue mich schon sehr auf die Hogatec-Messe in Düsseldorf Ende September 2008. Dort stellen wir erneut ein Designhighlight vor: Mit der Einführung unserer neusten Porzellanserie präsentieren wir der Gastronomie unseren „Weg der Harmonie“.



touch! Individual Unikate mit samtweicher Beschichtung. Garantiert spülmaschinenfest.

www.kahlaporzellan.com

Thüringer Abgeordnete im Bundestag

Uwe Barth MdB fleißig bei Redebeiträgen

Mit 31 Reden in der aktuellen Legislaturperiode gehört der FDP-Landesvorsitzende Uwe Barth MdB weiterhin zu den Aktivsten hinter dem Rednerpult im Deutschen Bundestag. Insgesamt reden die 18 Thüringer Abgeordneten jedoch seltener als ihre Kollegen. Während der einzelne Bundestagsabgeordnete laut Statistik der Bundestagsverwaltung im Schnitt 18 Reden hält, hat der Thüringer lediglich 15 Mal das Wort ergriffen.

Frank Spieth von den LINKEN führt zurzeit das Ranking mit 46 Reden an, die sich überwiegend mit seinem Ressort Gesundheit befassen, oft genug aber auch viele andere Bereiche tangieren. Uwe Barth hingegen spricht über seine Schwerpunkte Hochschulpolitik, Bildung, Forschung und Tourismus, wobei erst erwähntes den meisten Platz einnimmt. Katrin Göring-Eckardt von den Grünen, die wie Uwe Barth auch, als einzige Thüringerin ihrer Partei im Ple-

num vertreten ist, liegt mit 19 Reden im Mittelfeld. Die Spitzenposition der LINKEN muss allerdings relativiert werden, wenn man bedenkt, dass sie, genau wie die CDU, mit 5 Thüringern im Parlament vertreten sind – selbst die SPD hat nur einen Abgeordneten mehr: Es ist daher logisch, dass sich die Stärke der personellen Besetzung positiv auf die Möglichkeiten der Rotation auswirkt.

Die Redeträgheit der Regierungsparteien begründet Volker Blumentritt von der SPD mit dem Argument, die Hauptarbeit würde nicht im Plenum sondern in den zuständigen Ausschüssen geleistet. Blumentritt hat, genau wie seine Parteikollegen Iris Gleicke und Peter Albach jeweils zwei Reden in der gesamten 16. Legislaturperiode gehalten. In der Tat ist es überwiegend von Interesse für die Opposition, sich Gehör zu verschaffen. Betrachtet man es jedoch vom Aspekt der Trans-



Uwe Barth am Rednerpult im Deutschen Bundestag.

parenz für den Bürger; so sollte es auch im Sinne der Regierungsparteien sein, sich im Plenum mitzuteilen, das der Öffentlichkeit frei zugänglich ist – ganz im Gegenteil zu den Ausschusssitzungen! *Simone Heithorn*



**Gastronomiebedarf
& Objektausstattung
Groß- und Fachhandel**

**Warum sind wir
für den „Großen Preis des Mittelstandes“ nominiert?**

- Gesamtumsatzentwicklung seit der Gründung der Firma Ende 1991 ist mit inzwischen 10 Mitarbeitern um das Sechzehnfache gestiegen.
- Seit der Firmengründung haben wir 16 Groß- und Einzelhandelskaufleute sowie Lagerlogistiker ausgebildet.
- Gründung eines Firmensitzes in Bad Köstritz
- Hohes Engagement in der Region, so unter anderem als Sponsor des Köstritzer Werfertages und des Geraer Höhlenfestes.
- Kundennähe insbesondere durch unsere Außendienstmitarbeiter ist für uns das „A“ und „O“.
- Montage und Serviceleistungen sichern wir durch unseren Bereich Technik ab.

Gesunder Mittelstand - Starke Wirtschaft - Mehr Arbeitsplätze

Rai Ko Großhandel	Raimund Kolbe e.Kfm. Elsteraue 2 · 07546 Bad Köstritz	Tel: 036605 / 840 62 Fax: 036605 / 840 68	Mail: info@raiko-gastro-handel.de www.raiko-gastro-handel.de
------------------------------	--	--	---

FDP bei 6 Prozent

Die Thüringer FDP würde bei Landtagswahlen derzeit 6 % erreichen. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap. Die CDU liegt in der Wählergunst derzeit gleichauf mit der Partei Die Linke. Gegenwärtig würden bei einer Landtagswahl jeweils 31 % für eine dieser beiden Parteien stimmen. Damit sind die Christdemokraten derzeit weit von ihrer momentanen absoluten Mehrheit entfernt. Die SPD käme auf 20 %. Die Grünen müssen mit 5 % um den Einzug in das Parlament bangen.

Uwe Barth und Franka Hitzing zu Gast in Nordhausen

Am 05. August 2008 besichtigten Landeschef Uwe Barth MdB und Landesvize Franka Hitzing zusammen mit FDP Kommunalpolitikern das Nordhäuser Maschinenbauunternehmen HBM-Nobas. Der mittelständische Betrieb hat es trotz einer drohenden Insolvenz geschafft, sich im weltweiten Wettbewerb zu behaupten. Diese Leistung würdigte Uwe Barth: „An der Rothenburgstraße wird der Mittelstand geradezu gelebt. In Zeiten der Krise haben die Mitarbeiter auf Löhne und Gehälter verzichtet. Jetzt, da die Auftragsbücher gefüllt sind, werden sie an den Gewinnen beteiligt. Hier sind keine Heuschrecken oder Ausbeuter am Werk. Identifikation und Teilhabe spielen eine wichtige Rolle und sind ein nicht unwesentlicher Faktor für den unternehmerischen Erfolg.“

Anschließend waren die Thüringer Liberalen noch in der Nordhäuser Traditi-

onsbrennerei zu Gast. „Das ist ein wahres Schmuckkästchen für die Rolandstadt“, bemerkte Uwe Barth abschließend.

Thüringer FDP trauert um Alfred Bergner

In tiefer Betroffenheit hat der FDP Landesverband Thüringen vom Tode unseres langjährigen Mitgliedes Alfred Bergner erfahren. Bergner war ein Liberaler der ersten Stunde in Thüringen. Am 22.12.1945 trat er der Liberal Demokratischen Partei bei und engagierte sich mit viel Einsatz und großem Erfolg für die Belange des Mittelstandes in der Kommunalpolitik. Auch in der DDR-Zeit setzte er sich im Rahmen seiner bescheidenen Möglichkeiten für seine liberalen Überzeugungen ein.

Erst im letzten Jahr feierte Bergner sein 70. Jähriges Meisterjubiläum. Bei seiner Beisetzung am 22. Juli 2008 waren für den Landesverband Heinz Untermann und Heike von Sternfeld anwesend. Die Thüringer Liberalen werden Alfred Bergner immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Vereinigung Liberaler Juristen in Erfurt gegründet

Am 19. Juni 2008 haben sich liberal orientierte Juristen unter dem Namen „Vereinigung Liberale Juristen e.V. Thüringen“ konstituiert. Sie verstehen sich als überparteilicher Zusammenschluss von Menschen mit liberaler Gesinnung. Die Vereinigung soll ihren Mitgliedern unter anderem eine Plattform bieten, um Kontakte zu knüpfen und nützliche Netzwerke zu bilden. Im Zuge der Gründung wurde auch ein

GEBURTSTAGE UND NEUEINTRITTE

Thüringen Liberal gratuliert ganz herzlich zum Geburtstag: Klaus Schmidt (60), Herbert Meyer (70), Martina Gerstenberger (60), Brigitta Eitze (60), Helga Wetzel (60), Manfred Hartmann (75), Hermann Hoffmann (60), Dr. med. Wolf-Detlev Höpker (65), Hartmut Herold (60), Helga Rackwitz (60), Elsa v. Hirschhausen (50), Helmut Hiepe (85), Hilmar Ulrich (75), Helmut Liebermann (60), Bernd Karnstedt (60), Ulla Tenner (60), Helga Meyer (65), Hans-Jürgen Mund (60), Hartmut Sieckmann (65), Dr. K.-Dieter Henne (60), Peter Fräbel (60), Volkmar Richter (60), Gerd Anhalt (50), Brigitte Anschütz (80), Hans-Joachim Reichhardt (60), Wolfgang Fleischer (80), Michael Spörer (65), Hans-Georg Schindhelm (60), Annemarie Koch (60).

Unsere herzlichen Glückwünsche auch an die Geburtstagskinder Freiherr H. von Schlotheim-Reinbrecht, Uwe Barth, Marian Koppe, Prof. Dr. Hab. Wilhelm Schellenberg, Helmut Deubner, Irmgard Sneedse, Prof. Dr. Ingeborg Aßmann, Alexandra Leykauf, Matthias Purdel, Dr. Karlheinz Guttmacher, Detlef Zschiegner, Brigit Neunes, Heidrun Morgan, Ingo Stöckel. Alles Gute auch allen anderen Geburtstagskindern, die aus Platzgründen leider nicht namentlich aufgeführt werden konnten.

Jüngste Eintritte: Wir begrüßen Mario Meinhardt, Wolfgang Bock, Christian Schönethal, Jörg Hoberück, Christel Reinhardt, Ronald Krügel, Sabine Landgraf, Konstantin Manetas, Christian Müller, Andreas Brückner, Michael Burkhardt, Stefan Schulze, Benjamin Honauer, Uwe Frackowiak, Sebastian Kloch-Kornitz, Hannes Mehring in der FDP.

erster Landesvorstand gewählt sowie eine Landessatzung verabschiedet. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig der Notar Herr Herbert von Schlotheim-Reinbrecht gewählt, der auch seit kurzem Stellvertretender Bundesvorsitzender der Bundesvereinigung Liberaler Juristen ist.

Nachwuchs bei den Thüringer Liberalen

Die ThL gratuliert Generalsekretär Patrick Kurth und dem Kreisvorsitzenden aus Jena Dr. Thomas Nietzsche herzlich zur Geburt ihrer Töchter. Wir wünschen den jungen Familien für Ihren künftigen Lebensweg alles Gute und viel Gesundheit. Für den werdenden Vater Holger Joseph und seine Frau hoffen wir auf eine gesunde Geburt.



Uwe Barth MdB (r) und Geschäftsführer der HBM-NOBAS Aribert Kusch betrachten die Produktpalette.



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

STINKENDE FABRIKSCHLOTE ADÉ!

EU setzt auf strengere Umweltvorschriften für Industrieanlagen

Derzeit wird in Brüssel die Revision der IVU-Richtlinie ("Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung") diskutiert, die ich als Berichterstatter betreue. Die Richtlinie regelt die Zulassung von Industrieanlagen. Betrachtet werden nicht nur Abgase, sondern auch Wasser- und Bodenbelastung, Abfallaufkommen, Rohstoffverbrauch, Energieeffizienz, Lärm und die Nachbehandlung des Standortes nach dem Ende der Nutzung.

Da jeder Betrieb Besonderheiten aufweist und auch ihre Umgebung eine Rolle spielt, ist es nicht möglich, starre Grenzwerte vorzuschreiben. Also definieren die Mitgliedsstaaten und Zulassungsbehörden diese Werte selbst. Dieser Spielraum ist notwendig, kann aber missbraucht werden: Im schlimmsten Fall bekommt eine Anlage Grenzwerte, die auf den technischen Zustand der Anlage abgestimmt sind. Im Klartext, auch eine alte Dreckschleuder kann so zum Umwelt-

standard erklärt werden, obwohl die Technik bereits weit sauberere Lösungen zulässt. Das muss die neue Richtlinie unterbinden. Bislang war nur über langwierige Vertragsverletzungsverfahren eine Sanktionierung möglich. Jetzt soll die Einklagbarkeit erleichtert werden, Brüssel zieht die Zügel fester. In die Richtlinie sollen Berichtspflichten und eine Verschärfung der Umweltkontrollen durch örtliche Behörden aufgenommen werden. An diesem Punkt wird es wichtig sein, dass nicht alle 52.000 Industrieanlagen, die von IVU betroffen sind, jährlich einen Bericht nach Brüssel senden müssen. Der bürokratische Aufwand wäre für die Kommission nicht zu bewältigen und auch den Betrieben kaum zuzumuten.

Das sehen die grünen Verbände freilich anders, ihnen kann die Behinderung und Überwachung der Industrie gar nicht weit genug gehen. Deshalb haben sie sich bei der Festlegung der Grenzwerte

für Emissionen auch darauf verstiegen, diese besonders streng zu gestalten, so streng, dass nur bei Optimalbetrieb eine Überschreitung ausbleibt. Das ist nicht realistisch und bedeutet, dass Ausnahmen zum Regelfall gemacht würden. Einen so bürokratischen Weg kann die FDP nicht mitgehen. Die sachliche Lösung: Ein europäisches Sicherheitsnetz unter Beteiligung von Kommission, Mitgliedstaaten und Experten, das Maximalwerte auf Basis der besten verfügbaren Techniken definiert, die in keinem Fall überschritten werden dürfen – realistische Grenzwerte, dafür keine Ausnahmen.

Die überarbeitete IVU-Richtlinie soll noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden und spätestens 2012 verbindlich in allen EU-Staaten gelten.

HOLGER KRAHMER . MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
KONTAKT: EUROPÄISCHES PARLAMENT . ASP 10G142 . 60 RUE WIERZ
B-1047 BRÜSSEL . TELEFON +32 2 28-45344 . TELEFAX +32 2 28-49344
HOLGER.KRAHMER@EUROPAPARL.EUROPA.EU . HOLGER-KRAHMER.DE

Mehr als ein Unternehmer

Oscar Tietz, Thüringen und die liberale Politik

Als bekanntestes Opfer der allgemeinen Warenhauskrise war Hertie in letzter Zeit oft in der Presse vertreten. Doch wüssten Sie, wer die traditionsreiche Warenhauskette ins Leben gerufen hat? Der folgende Rückblick zeigt, dass die Beantwortung dieser Frage für Thüringer Liberale gleich doppelt interessant ist.

Als Vordenker und Gründer des Unternehmens gilt Oscar Tietz. Er wurde 1858 in der Provinz Posen in eine deutsch-jüdische Kaufmannsfamilie hineingeboren. Bereits mit 23 Jahren eröffnete er mit dem Geld

Band enteignet. Der Firmenname HERmann TIEtz wurde 1935 zu Hertie.

Doch die Person Oscar Tietz ist nicht nur als Unternehmer interessant. Zwar wird er in Übersichtsbiografien oder Standardwerken zum Liberalismus nicht als liberaler Politiker geführt, aber es gibt gute Gründe für die Annahme, dass Oscar Tietz stark von liberalem Gedankengut geprägt war. Zum einen glaubte er fest an die Selbstorganisation und Eigenverantwortung des deutschen Mittelstandes. So gründete der Unternehmer 1903 den Ver-

Oscar Tietz eingeführt worden ist“. Da die Einführung der Umsatzsteuer im Sommer 1918 vom Reichstag beschlossen wurde, hatte Tietz offenbar entscheidenden Einfluss auf die politische Willensbildung der beiden liberalen Reichstagsparteien, welche im November 1918 zum großen Teil in der DDP aufgingen. Darüber hinaus war er an einer weitreichenden steuergeschichtlichen Weichenstellung beteiligt.

Es gibt weiterhin gute Gründe zu der Annahme, dass man Oscar Tietz der damals neuen Strömung des Sozial- oder Linkliberalismus, so umstritten diese Begriffe auch sein mögen, zuordnen kann. In seinen Warenhäusern schuf er eigene Berufsschulen und richtete Sozialkassen ein. Außerdem ließ er in seinem Unternehmen eine Art Betriebsrat wählen. Aus diesem kurzen Bericht kann man bereits erkennen, dass es sich lohnt, Oscar Tietz nicht nur als unternehmerischen Vordenker und Konzerngründer zu betrachten. Es deutet vieles darauf hin, dass er liberales Gedankengut vertrat und sich aktiv an der Ausgestaltung liberaler Politik beteiligte. *kdl, ur*



Neue prächtige Warenhauskultur - das Kaufhaus Tietz am Berliner Alexanderplatz um 1911.

seines Onkels Hermann Tietz in Gera 1882 das „Garn-, Knopf-, Posamentier-, Weiß- und Wollwarengeschäft Hermann Tietz“. Dabei wandte er revolutionäre Verkaufsprinzipien und eine moderne Einkaufsorganisation an: festgelegte Preise, Barverkauf, ein vielfältiges Warenangebot und billige Beschaffung der Ware durch Großeinkäufe direkt beim Fabrikanten. Von Thüringen aus nahm fortan die Erfolgsgeschichte der neuen Einzelhandelsprinzipien ihren Lauf. Um die Jahrhundertwende hatte die Familie Tietz bereits 15 Anschlussgeschäfte eröffnet. Darunter waren auch große luxuriöse Warenpaläste in Berlin, München, Leipzig oder Hamburg. In ihnen verband sich der aufkommende Massenkonsum mit der modernen Warenhauskultur.

Wie aus dem Tietz-Konzern schließlich Hertie wurde, gehört zu den finsternen Episoden der deutschen Geschichte – im Dritten Reich wurde das jüdische Familienunternehmen erst arisiert und anschlie-

band Deutscher Waren- und Kaufhäuser (VDWK) und 1919 die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE).

In wie weit sich Oscar Tietz politisch in der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) engagierte, ist nicht eindeutig zu klären. Einen Hinweis auf ihn findet man im ideologisch gefärbten „Lexikon zur Parteiengeschichte“ aus dem Jahr 1983. Hier wird Oscar Tietz als „einflussreicher Vertreter der Großbourgeoisie“ bezeichnet, der der DDP nahe stand. In einigen englischen Werken wird er sogar als Mitbegründer der DDP genannt. Aber einen wichtigen Hinweis auf seine politischen Aktivitäten findet man in den Protokollen der DDP selbst. In einer Sitzung des Parteiausschusses von 1930 kritisiert ein Abgeordneter der Liberalen die hohen Steuern und Abgaben. Darauf gibt ein anderer DDP-Politiker zu bedenken: „Aber man darf daran erinnern, dass seinerzeit die Umsatzsteuer auf Empfehlung von

IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

Herausgeber • FDP Thüringen | Pressestelle
Tschakowskistraße 35
DE-99096 Erfurt
Telefon +49 361 3456482
Fax +49 361 3455924
pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de

Redaktionsleitung • Patrick Kurth | pak

Redaktion • Evelyn Zschächner | eve
Paul Gellner | pag
Klaus-Dieter Landgraf | kdl
Ulrich Rebs | ur
Matthias Purdel | pur

Layout & Satz • RAUM II
Körnerstraße 56
DE-04107 Leipzig
Telefon +49 341 30326760
Fax +49 341 30326768
info@raum-zwei.com
www.raum-zwei.com

Erscheinung • „Thüringen Liberal“ erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.